

Sddeutsche Zeitung, 6 Dezember 2012 06:44

Streit zwischen Bündnis und Mitgliedstaaten Nato-Führung erwägt militärische Intervention in Syrien

<http://www.sueddeutsche.de/politik/streit-zwischen-buendnis-und-mitgliedstaaten-nato-chef-erwaegt-militaerische-intervention-in-syrien-1>

Voor een samenvatting in het Nederlands: zie rode tekst aan eind van dit artikel.

Anders Fogh Rasmussen hat die Nato-Mitgliedstaaten mit Überlegungen zu einem radikalen politischen Kurswechsel vor den Kopf gestoßen. Das Bündnis dürfe in Sachen Syrien "den Kopf nicht in den Sand stecken", sagte der Nato-Generalsekretär nach Informationen der "SZ" - und löste damit eine heftige Debatte aus.

Von Martin Winter, Brüssel

Eigentlich hatten sich die Außenminister der Nato am Dienstagabend bei Speis und Trank nur ganz informell und ohne mitlauschende Diplomaten über ihre jeweilige Sicht auf die Lage im Nahen Osten austauschen wollen. Doch noch vor dem Hauptgang verging den meisten der Appetit. Denn der Generalsekretär des Bündnisses, Anders Fogh Rasmussen, hatte sich in einer Art und Weise über [Syrien](#) und über den Konflikt mit Iran über die Straße von Hormus ausgelassen, dass einer der Teilnehmer "die Kriegstrommeln" zu hören wähnte.

Wie mehrere Quellen der *Süddeutschen Zeitung* bestätigten, hatte Rasmussen gesagt, dass die Nato angesichts der Entwicklungen in Syrien und in der für die Ölversorgung des Westens so wichtigen Straße von Hormus "den Kopf nicht in den Sand stecken" dürfe.

Jedem am Tisch war klar, was er damit meinte: Die Nato müsse sich militärisch darauf vorbereiten, im Fall des Falles in Syrien einzugreifen. Politisch würde die Nato damit ihren bisherigen Kurs radikal ändern, dass ein Einsatz der Allianz in Syrien ausgeschlossen sei. Unterstützt wurde Rasmussen von den Außenministern der Türkei und Großbritanniens, auch die Amerikanerin Hillary Clinton sprang ihm bei.

Kein Wunder, denn nur wenige Stunden zuvor hatte der US-Senat fast einstimmig gefordert, "Optionen" zu prüfen, wie die USA den syrischen Machthaber Baschar al-Assad daran hindern könne, "seine Luftwaffe gegen sein eigenes Volk einzusetzen". Nun muss das amerikanische Verteidigungsministerium Vorschläge machen, wie eine Flugverbotszone über Syrien durchgesetzt werden kann. Dass Washington dafür gerne die Nato ins Spiel bringen würde - wie schon beim Libyen-Krieg - liege "doch auf der Hand", sagte ein Diplomat.

Rasmussen hatte seine politische Kehrtwende mit zwei Fragen eingeleitet: Was würde die Nato tun, wenn die syrische Armee Chemiewaffen einsetzt? Und was, wenn Iran die Straße von Hormus blockieren würde? Die zweite Frage tat Frankreichs Außenminister Laurent Fabius mit der Bemerkung ab, dass man keine Fragen stellen solle, die "nicht akut sind". Die nach Syrien löste dann freilich eine heftige und sehr strittige Debatte aus, in der sich der deutsche Außenminister Guido Westerwelle und seine Kollegen etwa aus den Niederlanden, der Tschechischen Republik oder Polen gegen Rasmussen wandten.

Anders nämlich als die USA oder Rasmussen trauen viele europäische Außenminister amerikanischen Geheimdienstberichten nicht über den Weg, wonach Syrien möglicherweise den Einsatz von Chemiewaffen vorbereitet. Europäischen Geheimdiensten, darunter dem im Nahen Osten gut vernetzten deutschen Bundesnachrichtendienst, liegen dem Vernehmen nach "keine Erkenntnisse" in dieser Richtung vor. Am Dienstag hatte der russische Außenminister Sergej

Lawrow nach einem Arbeitstreffen mit seinen Nato-Kollegen in Brüssel davor gewarnt, alle Berichte über diese Waffen in Syrien für bare Münze zu nehmen. Russland sei in den vergangenen Jahren vielen Gerüchten und Meldungen nachgegangen, und viele hätten sich als falsch oder nur halb wahr erwiesen.

Aufspaltung in zwei Lager

Unisono mit Rasmussen hatten die Außenminister Syrien am Dienstag zwar vor dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gewarnt und mit Konsequenzen der "internationalen Gemeinschaft gedroht". Damit aber, sagte der Minister eines kleineren Landes, sei nicht die Nato gemeint, sondern die Vereinten Nationen. Und Westerwelle wies brüsk eine Frage zurück, ob jenseits der auch von ihm gezogenen "roten Linie" für Syrien ein militärischer Einsatz liege. Es gehe um politische Lösungen.

Auch wenn es beim Essen der Minister keine Abstimmung gab, so sind danach doch mindestens zwei gegensätzliche Lager erkennbar: Das eine schart sich um die USA, die Türkei, Großbritannien und den Nato-Generalsekretär und denkt über eine direkte oder indirekte militärische Intervention nach. Auch Frankreich tendiert in diese Richtung. Das andere Lager, dem auch Deutschland angehört, lehnt diese Ideen strikt ab. Einer der Gründe dafür ist, dass man das Risiko als hoch einschätzt, damit in Damaskus nur Leuten an die Macht zu verhelfen, die noch gefährlicher sein könnten als das gegenwärtige Regime - und denen dann auch noch die Chemiewaffen in die Hände fallen könnten.

Zweifel am *Patriot*-Einsatz

Es hat aber noch einen anderen Grund, dass sich der deutsche und der niederländische Außenminister vehement gegen Rasmussen wandten: Sie müssen fürchten, in ihren Parlamenten mit der Bitte um Genehmigung des [Einsatzes von Patriot-Luftabwehrraketen](#) in der Türkei auf Widerstand zu stoßen, wenn auch nur der Verdacht besteht, die Nato erwäge doch einen Militäreinsatz in Syrien.

Dabei nämlich würden die *Patriots*, darunter zwei deutsche Batterien, Teil einer militärischen Offensive und dienen nicht mehr, wie bislang immer versichert, ausschließlich der Verteidigung der Türkei. Ob es so weit kommt, ist ungewiss. Denn allein schon der Auftrag an die militärische Führung der Allianz, eine Einsatzplanung für Syrien zu erarbeiten - und sei es nur auf Vorrat - bedarf der Zustimmung aller 28 Mitgliedsländer. Und die gab es beim Abendessen der Minister bei Weitem noch nicht.

Assad kept chemical weapons out of hands of extremists: Israel

Reuters, 5 December 2012

<http://www.chicagotribune.com/news/sns-rt-us-syria-chemicals-israelbre8b418y-20121205,0,4475993.story>

TEL AVIV (Reuters) - Syrian President Bashar al-Assad responded to past warnings about the security of chemical weapons by taking steps to keep them out of the hands of militants, Israel's vice prime minister Moshe Yaalon said on Wednesday.

Yaalon joined Prime Minister Benjamin Netanyahu in making clear that Israel is as concerned about chemical weapons falling into the hands of anti-Assad insurgents as it is about them being used by state forces in the Syrian civil war. "Together with the international community, we are

closely monitoring developments in Syria regarding its stores of chemical weapons," Netanyahu said on Tuesday. "Such weapons must not be used and must not reach terrorist elements." In an interview with the Israeli news website Walla that was posted on his Facebook page, Yaalon said: "There is speculation that the chemical arsenal will fall into the hostile and irresponsible hands of the likes of al Qaeda or other terrorist groups. "In the past, clear messages were relayed to Assad on a number of opportunities, and in response Assad in fact gathered up the weaponry and separated the materials," Yaalon said.

Moshe "Bogie" Ya'alon is an Israeli politician and former Chief of Staff of the Israel Defense Forces. He currently serves as a member of the Knesset for Likud, as well as the country's Vice Prime Minister and Minister of Strategic Affairs.

US: Sarin bombs ready for Assad's "go" order.

From the Israeli website DEBKAFfile, December 5, 2012

The USS Eisenhower Strike Group transited the Suez Canal from the Persian Gulf Saturday, Dec. 1, sailing up to the Syrian coast Tuesday in a heavy storm, with 8 fighter bomber squadrons of Air Wing Seven on its decks and 8,000 sailors, airmen and Marines.

The USS Eisenhower group joins the USS Iwo Jima Amphibious Ready Group which carries 2,500 Marines.

Facing Syria now are 10,000 US fighting men, 70 fighter-bombers and at least 17 warships, including the three Iwo Jima amphibious craft, a guided missile cruiser and 10 destroyers and frigates.

Four of these vessels are armed with Aegis missile interceptors.

This mighty US armada brings immense pressure to bear on the beleaguered Assad regime after it survived an almost two-year buffeting by an armed uprising. Its presence indicates that the United States now stands ready for direct military intervention in the Syrian conflict when the weather permits.

Left behind in the Persian Gulf is just one US aircraft carrier, the USS Stennis and its strike group.

Welcoming NATO's decision Tuesday, Dec. 4, to deploy Patriot missile batteries in Turkey, Foreign Minister Ahmet Davutoglu said Wednesday: "The protection from NATO will be three dimensional; one is the short-range Patriots, the second is the middle-range Terminal High Altitude Air Defense [THAD] system and the last is the AEGIS system, which counters missiles that can reach outside the atmosphere."

debkafile's military sources: While the Patriot is land-based and will be deployed on the Turkish-Syrian border, the THAD and the Aegis have just reached the Syrian coast aboard the USS Eisenhower strike group.

"With this integrated system," said Davutoglu, Turkey will have maximum protection."

He added: "The Syrian regime has 700 missiles," and their location, storage method and holders are no secret to Ankara. This was the first time Ankara had made threats to destroy Syrian missiles, including any carrying chemical warheads.

,